

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN

### im Rat der Stadt Gütersloh

An Bürgermeisterin der Stadt Gütersloh  
Frau Maria Unger  
Rathaus - Berliner Str. 70

33330 Gütersloh

Unser Zeichen: Gütersloh,  
BO-RTH 08.03.2007

#### Antrag zur Tagesordnung der Ratssitzung am 30. März 2007

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Unger,

die Beratung zur Änderung der Gemeindeordnung, Kreisordnung und des Kommunalwahlgesetzes NRW auf der Grundlage der Entwürfe der NRW-Landesregierung sind im Gange. Wir sehen die Dringlichkeit, dass die Stadt Gütersloh sich umgehend in diese Diskussion einbringt. Aus diesem Grund beantragen wir, in der Ratssitzung am 30. März 2007 eine Resolution zu den vorliegenden Entwürfen zu beschließen:

**Die Entwürfe der NRW-Landesregierung zur Änderung der Gemeindeordnung, Kreisordnung und des Kommunalwahlgesetzes liegen seit dem 23.01.2007 vor. Die Stadt Gütersloh sieht bei einer Beschlussfassung dieser Entwürfe eine Schwächung der Stadt- und Gemeinderäte, der Kreistage, der (Ober-) Bürgermeister und Landräte und lehnt die geplanten Änderungen daher ab.**

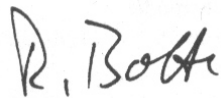
**Wir bitten die Landesregierung, die vorliegenden Entwürfe nicht weiter zu verfolgen und einen neuen Entwurf vorzulegen, der dem berechtigten Interesse der Räte und Kreistage sowie der (Ober-) Bürgermeister und Landräte an einem ausgewogenen Kräfteverhältnis gerecht wird und nicht zu einem weiteren Rückgang der Wahlbeteiligung und damit der demokratischen Legitimation führt.**

#### Begründung:

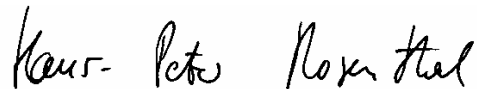
Die von der Landesregierung geplante Verlängerung der Wahldauer für Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte auf 6 Jahre ab 2009, mit der damit einhergehenden Entkoppelung von den Kommunalwahlen, schwächt die Räte und Kreistage und die Hauptverwaltungsbeamten. Die höhere Anzahl von Wahlen fördert

die Politikverdrossenheit mit negativen Auswirkungen für die Wahlbeteiligung und die politische Legitimation der Stadt- und Gemeindevertretungen sowie der Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte. Die Durchführung zusätzlicher Wahlen ist darüber hinaus mit einem höheren organisatorischen Aufwand und mit zusätzlichen Kosten für alle Beteiligten verbunden. Der Rat der Stadt Gütersloh sieht in dem Vorhaben der Landesregierung eine Entfernung von der Demokratie, weil die Wahlbeteiligung weiter zurückgehen wird.

Mit freundlichen Grüßen



Rudolf Bolte  
- Fraktionsvorsitzender CDU -



Hans-Peter Rosenthal  
- Fraktionssprecher B'90 / Die GRÜNEN -